

Aufgeschoben, aber nicht aufgehoben

Eurokrise. Unter dem neuen französischen Staatspräsidenten Hollande dürfte es mit dem Sparkurs in Europa bald vorbei sein, heißt es in manchen Medien. Doch das werden die Finanzmärkte nicht durchgehen lassen – zu Recht. Gleichwohl ist Geduld gefragt, denn die Krisenstaaten Griechenland, Spanien, Portugal und Italien stecken in einer akuten Rezession – da wäre ein wenig Aufschub beim Konsolidieren durchaus angesagt.

Die Euro-Krisenländer brauchen jetzt vor allem eines: neues Vertrauen der internationalen Investoren. Doch wie können sie das gewinnen? Einerseits heißt es sparen, sparen, sparen. Andererseits könnten sich die Sorgenkinder damit noch mehr in die Bredouille bringen – nämlich

dann, wenn sie einen zu großen Teil der nötigen Einsparungen in sehr kurzer Frist stemmen. Wie in Griechenland könnte es dann zu einem Teufelskreis aus Konsolidierung, sinkender Wirtschaftsleistung, rückläufigen Steuereinnahmen und noch mehr fiskalischem Sparen kommen.

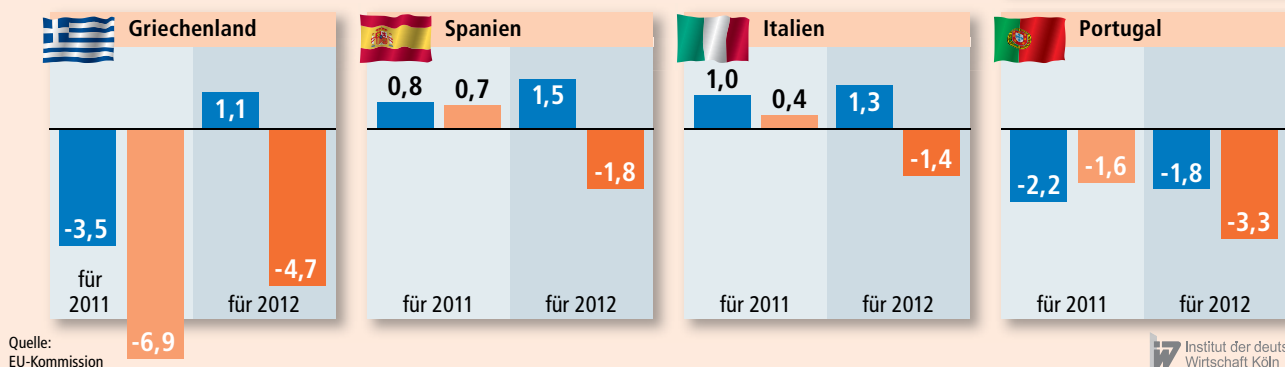
Eine solch prekäre Lage lockt keinen Investor ins Land. Daher heißt es in unerwartet harten wirtschaftlichen Zeiten auch einmal, Sparpläne zeitlich etwas zu strecken. Zumal manche Pläne geschmiedet wurden, als es der Wirtschaft noch besserging:

Spanien soll sein öffentliches Budgetdefizit bis zum Jahr 2013 unter die 3-Prozent-Marke des Maastricht-Vertrags drücken. So schreibt es jedenfalls das spanische Stabilitätsprogramm vor, das im Frühjahr 2011 von der EU-Kommission geprüft und genehmigt wurde. →

Euro-Krisenländer: Der Abschwung dauert länger

Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber Vorjahr in Prozent

■ Prognose im Frühjahr 2011
 ■ Prognose im Frühjahr 2012
 ■ tatsächlich



Inhalt

EZB. So gelingt es der Europäischen Zentralbank in der Eurokrise, die Preissteigerungen zu steuern und im Zaum zu halten.
Seite 3

MINT-Fachkräfte. Auch mithilfe des weiblichen Nachwuchses lässt sich der wachsende Bedarf an Ingenieuren und Technikern schließen.
Seite 4-5

Gemeindefinanzen. Obwohl der Aufschwung den Kommunen mehr Geld in die Kassen spült, sind die Ausgaben oft höher als die Einnahmen.
Seite 6

Ältere Arbeitnehmer. Anders als noch vor ein paar Jahren geht heute die Mehrheit der 55- bis 64-Jährigen einer Berufstätigkeit nach.
Seite 7

Reisemarkt. Fast 61 Milliarden Euro gaben die Deutschen im Jahr 2011 für ihr liebstes Laster aus, so viel wie keine andere Nation.
Seite 8

Präsident: Dr. Eckart John von Freyend
Direktor: Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ **Italien** hat bis 2013 sogar einen ausgeglichenen Staatshaushalt angepeilt – ebenfalls auf Basis eines länger zurückliegenden Beschlusses.

Das Problem daran: Die Konjunktur ist in beiden Ländern in den Keller gerutscht (Grafik Seite 1):

2011 prognostizierte die EU-Kommission den Spaniern für 2012 noch 1,5 Prozent Wachstum, inzwischen droht jedoch ein Wirtschaftseinbruch um minus 1,8 Prozent.

Auch in Italien drehte die Prognose von schwarzen auf rote Zahlen.

Nun stehen beide Länder – und auch die EU-Kommission – vor einem Dilemma: Ohne zu sparen, geht es nicht, doch könnte das die Rezession weiter verschärfen und besagten Teufelskreis in Gang setzen. Denn auch der jüngste Fiscal Monitor des Internationalen Währungsfonds vom April 2012 zeigt, dass sich Konsolidierungen besonders in Rezessionen negativ auf die Wirtschaftsleistung eines Landes auswirken; in ökonomisch guten Zeiten dagegen kann staatliches Sparen sogar den Aufschwung stärken.

Sparen Madrid und Rom jedoch nicht, setzen sie womöglich jenes Quäntchen Glaubwürdigkeit aufs

Spiel, das sie gerade wieder zurückgewonnen haben. Doch so weit muss es gar nicht erst kommen – den Finanzmarktakteuren ist das Risiko eines zu strikten Sparkurses bewusst.

Daher sollte die EU-Kommission bei den Sparprogrammen etwas mehr Flexibilität und Zeit einräumen – ohne den mittelfristigen Konsolidierungskurs infrage zu stellen. Dies wäre sogar durch den neuen Fiskalpakt und den reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt gedeckt. Beide enthalten das Konzept des strukturellen – also um Konjunkturreffekte bereinigten – Defizits: Demnach darf der Defizitspielraum in einer Rezession größer werden – und in Boomphasen kleiner. Das Problem: Die Bereinigung um Konjunkturreffekte ist recht schwierig, gewisse Unschärfen bleiben.

Nichtsdestotrotz lohnt es sich, die strukturellen Defizite separat zu betrachten, denn letztlich zeigen sie, ob ein Staat langfristig schwächelt oder gut haushaltet, egal, ob die Wirtschaft brummt oder nicht:

Das strukturelle Budgetdefizit Spaniens und Italiens ist jeweils um rund 1,5 bis 2 Prozentpunkte niedriger als das tatsächliche Defizit.

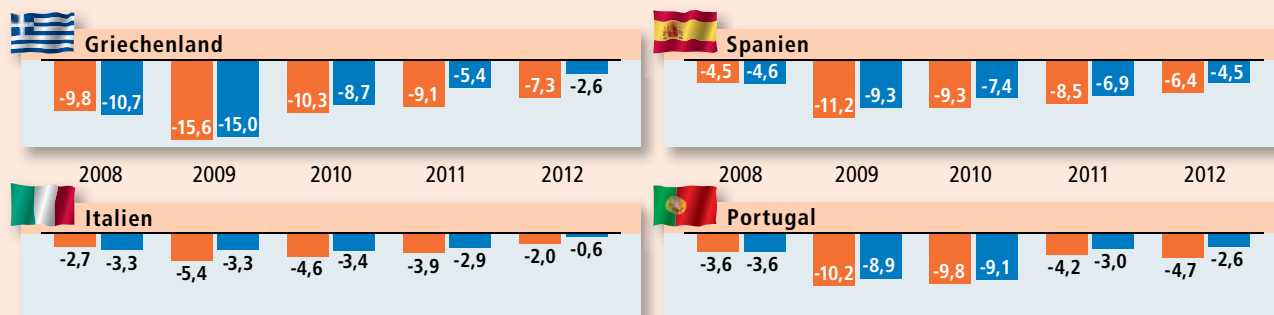
Bei **Griechenland** und **Portugal**, die besonders tiefe Rezessionen zu meistern haben, sind die Unterschiede noch größer (Grafik). Und man sieht, dass selbst die Hellenen bereits konsolidiert haben. So ist ihr strukturelles Defizit von 15 Prozent des BIP 2009 auf 5,4 Prozent im vergangenen Jahr gesunken, dieses Jahr dürfte es sogar unter 3 Prozent liegen. Entlassungen im öffentlichen Dienst, die Grundstückssteuer sowie Erhöhungen bei der Mehrwert-, Benzin-, Heizöl- und Alkoholsteuer haben Wirkung gezeigt.

Es ist deshalb grundsätzlich angemessen, die Konsolidierungsziele für Spanien und Italien auf 2014 zu verschieben und Portugal und Griechenland etwas Zeit zum Luftholen zu geben. Inwieweit Zugeständnisse überhaupt möglich sind, hängt von der Reaktion der Finanzmärkte ab, die sich kaum prognostizieren lässt. Es kommt folglich sehr darauf an, dass die Politik diese Zugeständnisse klug kommuniziert. Und zudem darf es den Aufschub nicht ohne Gegenleistung geben: Die EU-Kommission sollte den Ländern genaue Vorgaben zu den verbleibenden strukturellen Sparmaßnahmen machen.

Staatsfinanzen: Wenn nur die Konjunktur nicht wär ...

Konjunkturelle Schwankungen beeinflussen den Staatshaushalt insofern, als in schlechten Zeiten das Defizit zunimmt, weil die Arbeitslosigkeit steigt, der Staat weniger Steuern einnimmt und mehr Sozialprogramme auflegen muss. Lässt man konjunkturelle Einflüsse auf das tatsächliche öffentliche Defizit außer Acht, erhält man das strukturelle Defizit.

Öffentliches Budgetdefizit in Prozent des Bruttoinlandsprodukts ■ tatsächlich ■ strukturell



Im Dilemma

EZB. Das vergangene Jahr hat der Europäischen Zentralbank (EZB) viel abverlangt: Um das strauchelnde Europa zu stützen, haben die Währungshüter den Banken 1 Billion Euro zu Mini-Zinsen geliehen, massenhaft Staatsanleihen gekauft und zweimal den Leitzins gesenkt. Die Maßnahmen zeigen Wirkung, sind aber nicht ohne Tücken.

Während der Finanzkrise haben die Staaten gigantische Summen in den Finanzmarkt gepumpt. Momentan horten die Banken das Geld aber lieber bei der Zentralbank, als es in Form von Krediten an die Unternehmen und Verbraucher weiterzugeben. Erkennbar ist das an der sogenannten Einlagefazilität – das ist jene überschüssige Liquidität, die die Geschäftsbanken quasi „über Nacht“ bei der EZB anlegen:

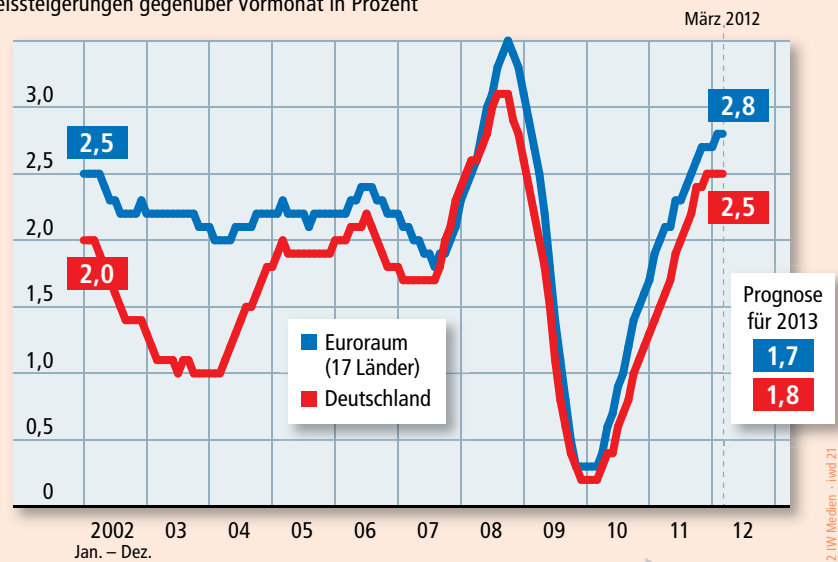
Hätten Banken so Anfang 2006 noch 37 Milliarden Euro bei der Europäischen Zentralbank geparkt, sind es mittlerweile mehr als 760 Milliarden Euro.

Mit Blick auf die Inflation ist das durchaus beruhigend. Denn wenn die Banken das Geld nicht für die Kreditvergabe nutzen, wirkt die erhöhte Liquidität auch nicht preistreibend auf die Realwirtschaft – beruhigt aber die Märkte. Auch die Staatsanleihenkäufe der EZB im Wert von insgesamt mehr als 200 Milliarden Euro wirkten wie Balsam auf die gestressten Märkte.

Gleichwohl hat sich die Zentralbank mit ihren Interventionen in ein Dilemma gebracht. Zieht die Wirtschaft an, kann sie die Inflation nicht mehr einfach durch Zinserhöhungen

Inflation: Leichter Aufwärtstrend

Preissteigerungen gegenüber Vormonat in Prozent



Ursprungsdaten: Eurostat, Consensus Forecast

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwed21

verringern. Denn in Zeiten niedriger Zinsen werden weniger langfristige Kredite vergeben, stattdessen werden Verbindlichkeiten „rollierend finanziert“. Das heißt: Für langfristige Investitionen werden immer wieder kurzfristige Kredite aufgenommen – und die reagieren extrem empfindlich auf Zinsänderungen.

Sollte die EZB also versuchen, bei verbesserter wirtschaftlicher Lage die Zinsen zu erhöhen, brächte sie genau diese Kreditbeziehungen in die Bredouille, was Unsicherheit schürt. In der Folge würden die Investitionen zurückgehen und die Wirtschaft würde schrumpfen.

Zudem könnten erhöhte Inflationserwartungen die Nachfrage nach realen Vermögenswerten wie Immobilien oder Gold steigern und das Vertrauen in den Geldwert sinken lassen. Noch scheint das jedoch nicht der Fall zu sein. Zwar ist der Goldpreis seit Anfang 2008 um fast 65 Prozent auf 1.530 Dollar gestie-

gen. Aber die Inflationserwartungen für den Euroraum und die USA sind laut einer Zentralbankumfrage unter Prognoseexperten eher gedämpft. Gleichwohl muss die Europäische Zentralbank zu ihrem Versprechen stehen, dass sie reagiert, sobald erste Anzeichen einer inflationären Tendenz zu erkennen sind.

Da die für die Inflation relevante Geldmenge M3 zwischen Februar 2011 und Februar dieses Jahres nur moderat gestiegen ist, gibt es in Sachen Teuerung derzeit ohnehin keinen Grund zur Besorgnis (Grafik):

In Deutschland betrug die Inflationsrate im März 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat nur 2,5 Prozent, in der Eurozone lag sie mit 2,8 Prozent knapp darüber.

Für das kommende Jahr prognostiziert der Consensus Forecast für Deutschland sogar nur eine Inflationsrate von 1,8 Prozent. Für die Eurozone rechnen die Experten mit einer Teuerung von 1,7 Prozent.



Frauen mögen MINT

Foto: © Sergej Khackimullin – Fotolia.com

Die Zahl der MINT-Absolventinnen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. So schlossen 2005 erst 19.890 Frauen ein entsprechendes Studium ab, im Jahr 2010 waren es bereits 30.900. Dennoch beträgt der Anteil weiblicher Absolventen an allen MINT-Absolventen nach wie vor 31 Prozent. In den MIN-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften) ist der Frauenanteil mit 41 Prozent jedoch fast doppelt so hoch wie in den T-Fächern (Technik/Ingenieurwissenschaften).

Weil ein technisch-naturwissenschaftliches Studium früher nur für relativ wenige Frauen infrage kam, waren 2009 lediglich 445.000 der 2,28 Millionen erwerbstätigen MINT-Akademiker weiblich. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der erwerbstätigen MINT-Akademikerinnen immerhin um 150.000 gestiegen, also jährlich um 4,7 Prozent – bei den Männern betrug das Plus nur 2,8 Prozent.

Jeder zweite erwerbstätige Biologe ist mittlerweile eine Frau, bei den Elektroingenieuren beträgt der Frauenanteil allerdings nicht einmal 10 Prozent.

MINT-Akademikerinnen verdienen etwa 3.900 Euro brutto im Monat und damit rund 100 Euro mehr als die Durchschnittsakademikerin. In der Industrie kommen vollzeit-tätige MINT-Absolventinnen sogar auf 4.300 Euro, das sind fast 700 Euro mehr als der Durchschnittsverdienst der Akademikerinnen in der Industrie.

Frau zeigt

MINT-Fachkräfte. Immer mehr junge Menschen – und neuerdings auch mehr Frauen – studieren Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Trotzdem reicht die Zahl der Abgänger nicht aus, um den Bedarf zu decken.

Das Kürzel MINT steht für die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Zu den MINT-Berufen zählen in der Informatik vor allem Datenverarbeitungsfachleute, im Bereich der Technik sind es vor allem Techniker, Meister und Ingenieure.

Die Fachkräftelücke

Es werden nach wie vor wesentlich mehr Fachkräfte in MINT-Berufen gesucht, als dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Im April 2012 gab es Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zufolge eine Fachkräftelücke von 209.700 Personen. Dabei wird die Fachkräftelücke definiert als Stellenangebote minus Arbeitslose.

Die Schere hat sich insbesondere in den vergangenen 15 Monaten weit geöffnet – immer mehr Betriebe suchen MINT-Kräfte, gleichzeitig sinkt aber das Angebot an arbeits-suchenden Ingenieuren und Technikern (Grafik).

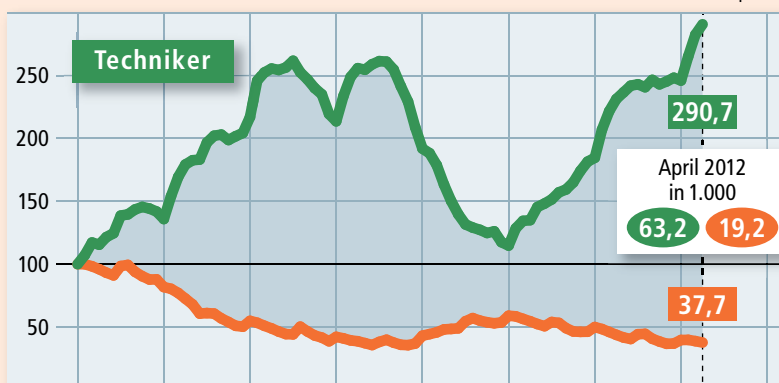
Auf längere Sicht ist die Entwicklung in den einzelnen naturwissenschaftlich-technischen Berufsfeldern allerdings sehr unterschiedlich verlaufen. Die Zahl der offenen Stellen für Datenverarbeitungsfachleute hat sich seit Januar 2005 mehr als verdreifacht, die Zahl der gesuchten Naturwissenschaftler und Mathema-

Arbeitsmarkt für Ingenieure und Techniker

Januar 2005 = 100

■ Stellenangebote ■ Arbeitslose

Zeitraum	Stellenangebote	Arbeitslose
Jan.-Dez. 2005	100	100
Jan.-Dez. 2006	~160	~50
Jan.-Dez. 2007	~180	~40
Jan.-Dez. 2008	~180	~35
Jan.-Dez. 2009	~100	~40
Jan.-Dez. 2010	~120	~35
Jan.-Dez. 2011	~180	~30
Jan.-Apr. 2012	229,1	111,3



Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit, IW-Zukunftspanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - iwd 21

Interesse

tiker ist dagegen „nur“ um 77 Prozent gestiegen (Grafik).

Gleichzeitig ist die Zahl der arbeitslosen Ingenieure besonders stark zurückgegangen. Sie lag im April 2012 bei weniger als einem Drittel des Werts vom Januar 2005. Der Markt für Ingenieure ist mit 19.200 Arbeitslosen bei 111.300 Offerten praktisch leer gefegt.

Die Absolventenlücke

Aus zwei Gründen kommt es für die (potenziellen) Arbeitgeber der MINT'ler demnächst noch dicker:

1. Ersatzbedarf. Zwischen 2015 und 2020 scheiden Jahr für Jahr 53.300 ältere MINT-Akademiker aus dem Berufsleben aus. Das sind knapp 8.000 mehr als heute.

2. Beschäftigungsexpansion. Wenn der Bedarf an MINT-Akademikern weiter so steigt wie in den vergangenen zehn Jahren, braucht die Wirtschaft einschließlich der Ersatzkräfte jährlich 107.000 MINT-Hochschulabsolventen, ab dem Jahr 2015 sogar jährlich 115.000.

Die Zahl der MINT-Absolventen ist in den vergangenen Jahren zwar gestiegen. Das reicht aber nicht aus, um den Bedarf zu decken. So machten 2010 lediglich 98.400 junge Leute ihr Diplom oder ihren Bachelor in einem MINT-Fach.

Das Werben der Wirtschaft für ein technisches oder naturwissenschaftliches Studium hat sich trotzdem gelohnt: Zwischen 2005 und 2010 stieg die Zahl der Absolventen immerhin um rund 33.300.

Dazu haben allerdings auch die jungen Leute selbst ihr Scherflein beigetragen – indem sie fleißig stu-

dierten: Während im Jahr 2005 nur jeder fünfte Jugendliche ein Studium beendete, hatten 2010 bereits 30 Prozent der jungen Erwachsenen einen Hochschulabschluss in der Tasche. Gleichzeitig hat sich der Anteil der MINT-Abgänger an allen Erstabsolventen von 31 auf 33 Prozent erhöht.

Dass sich mehr junge Leute für ein technisch-naturwissenschaftliches Studium interessieren, ist auch auf finanzielle Anreize zurückzuführen. Denn durch den Fachkräfteengpass sind die Einstiegsgehälter neuerdings höher (vgl. iwD 15/2012).

Die Zukunft

Derzeit ist nicht zu erwarten, dass das Interesse am MINT-Studium abreißt. Denn der Anteil der MINT-Erstsemester an allen frisch Imma-

trikultierten ist allein 2010 um 1 Prozentpunkt auf 38 Prozent gestiegen.

Zusammen mit der größeren Studierneigung dürfte sich die Zahl der MINT-Absolventen in den nächsten Jahren weiter erhöhen – bis 2020 werden 200.000 MINT'ler mehr die Hochschulen verlassen, als bislang erwartet. Aber auch das reicht nicht aus, um den Bedarf zu decken. Daher muss weiter um Nachwuchs geworben werden – etwa um Frauen, die durchaus Interesse an MINT-Fächern zeigen (Kasten Seite 4).



IW-Gutachten

Christina Anger, Wido Geis,
Axel Plünnecke:
MINT – Frühjahrsreport 2012

www.iwkoeln.de/gutachten

Arbeitsmarkt für Naturwissenschaftler und DV-Fachleute

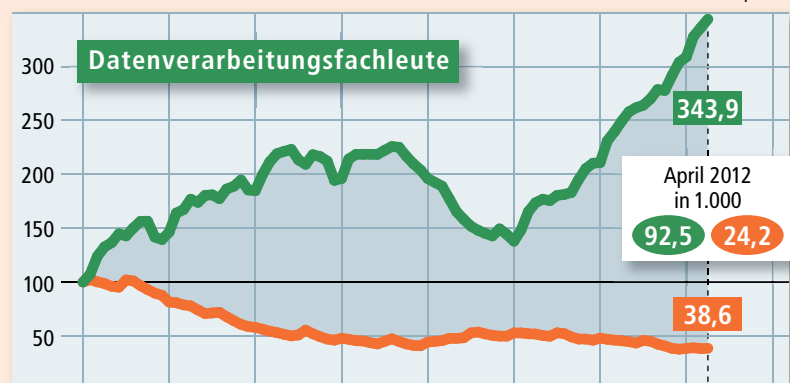
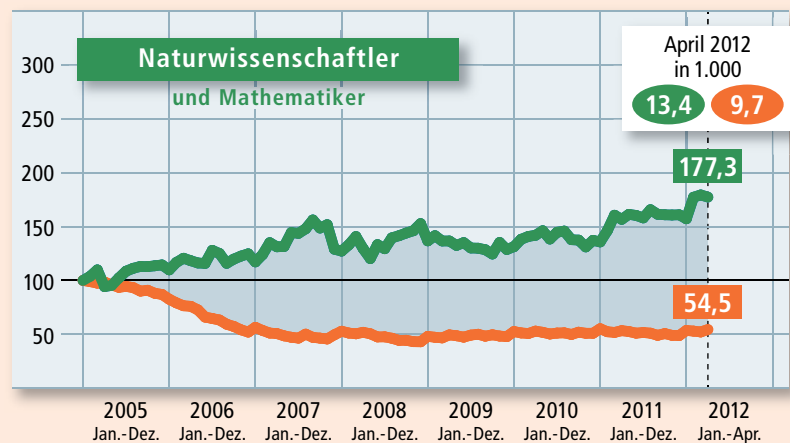
Januar 2005 = 100



Stellenangebote



Arbeitslose



Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit, IW-Zukunftspanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Kluft zwischen Kommunen

Gemeindefinanzen. Der jüngste Wirtschaftsaufschwung hat die kommunalen Haushalte in Deutschland deutlich entlastet. Dennoch sind die Einnahmen der meisten Gemeinden und Gemeindeverbände nach wie vor geringer als ihre Ausgaben.

Der Fortschritt ist beeindruckend: Verbuchten die Städte und Gemeinden der Bundesrepublik im Jahr 2010 noch ein Defizit von insgesamt gut 8,8 Milliarden Euro, waren es ein Jahr später nur noch knapp 2,9 Milliarden Euro. Die gute wirtschaftliche Entwicklung hat sich vor allem auf der Einnahmenseite niedergeschlagen – schließlich hängt das Steueraufkommen der Kommunen eng mit der Konjunktur zusammen (Kasten).

Allerdings sind die Gemeindefinanzen im Süden und teils auch im Osten tendenziell solider als im Westen und Norden (Grafik).

Während etwa die Kommunen Baden-Württembergs im Jahr 2011 einen Einnahmeüberschuss von insgesamt 1,8 Milliarden Euro erzielten, klappte in den nordrhein-westfälischen Gemeinde-Etats ein Loch von 2,3 Milliarden Euro, in Hessen fehlten sogar 2,5 Milliarden Euro.

Bemerkenswert ist der große Sprung, den die Gemeinden in Baden-Württemberg von 2010 auf 2011 gemacht haben. Von minus 857 Millionen Euro auf plus 1,8 Milliarden Euro – dieser Satz erklärt sich wahrscheinlich mit dem hohen Industrieanteil im Ländle. Denn gerade das Verarbeitende Gewerbe dürfte im

Die Einnahmen der Kommunen

Um ihre Ausgaben – etwa für das Straßennetz sowie für Kultur-, Bildungs- und Sporteinrichtungen – finanzieren zu können, sind die Kommunen auf verlässliche Einnahmen angewiesen. Ihre wichtigste Quelle ist die Gewerbesteuer, die allein den Städten und Gemeinden zusteht. Hinzu kommen der gesetzlich festgelegte Anteil an der Einkommenssteuer, die Grundsteuer und der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer. Darüber hinaus dürfen die Gemeinden bestimmte eigene Steuern erheben – die Kämmerer kassieren z. B. Zweitwohnungs-, Hunde-, Vergnügungs- und Bettensteuer.

Aufschwung deutlich mehr Gewerbesteuer abgeführt haben.

Auch bezogen auf die jeweilige Einwohnerzahl ist die Haushaltslage der Kommunen im Südwesten am besten. Besonders gut stehen in Baden-Württemberg Ulm und Stuttgart da, die bereits im Jahr 2010 einen positiven Finanzierungssaldo von 173 bzw. 141 Euro je Einwohner erzielten.

Hessen bildet auch in diesem Ranking das Schlusslicht – dort waren 2010 die Haushaltslöcher in Offenbach und Darmstadt mit 684 bzw. 293 Euro je Einwohner am größten.

Allerdings gab es im Jahr 2010 in allen Ländern beides – Gemeinden mit gesunden Finanzen und solche mit erheblichen Defiziten. Auch stehen ländliche Kreise nicht generell besser oder schlechter da als größere Städte. Das sind durchaus gute Nachrichten – denn offenbar hat jede Gemeinde ihre Finanzen letztlich selbst in der Hand, indem sie sinnvoll investiert und überflüssige Ausgaben vermeidet.

Gemeindefinanzen: Rotes Hessen

Finanzierungssalden – Einnahmen abzüglich Ausgaben – der Gemeinden und Gemeindeverbände

	2010		2011	
	insgesamt in Millionen Euro	in Euro je Einwohner	insgesamt in Millionen Euro	in Euro je Einwohner
Baden-Württemberg	-857	-80	1.801	167
Sachsen-Anhalt	72	31	162	70
Thüringen	-40	-18	135	61
Sachsen	195	47	188	45
Bayern	-418	-33	495	39
Mecklenburg-Vorpommern	26	16	6	3
Niedersachsen	-653	-83	-42	-5
Schleswig-Holstein	-298	-105	-112	-39
Brandenburg	-134	-54	-115	-46
Rheinland-Pfalz	-664	-166	-315	-79
Nordrhein-Westfalen	-2.886	-162	-2.250	-126
Saarland	-237	-233	-297	-292
Hessen	-2.929	-483	-2.538	-417

Ohne Stadtstaaten, weil sich dort die kommunalen Finanzen nicht von den Landesfinanzen trennen lassen; 2011: vorläufige Daten; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien · Iwd 21

Die Älteren sind dabei

Ältere Arbeitnehmer. Innerhalb eines Jahrzehnts hat sich der einst unflexible deutsche Arbeitsmarkt zum europäischen Vorbild gemausert. Wesentlichen Anteil daran hatte und hat die verbesserte Integration von Älteren.

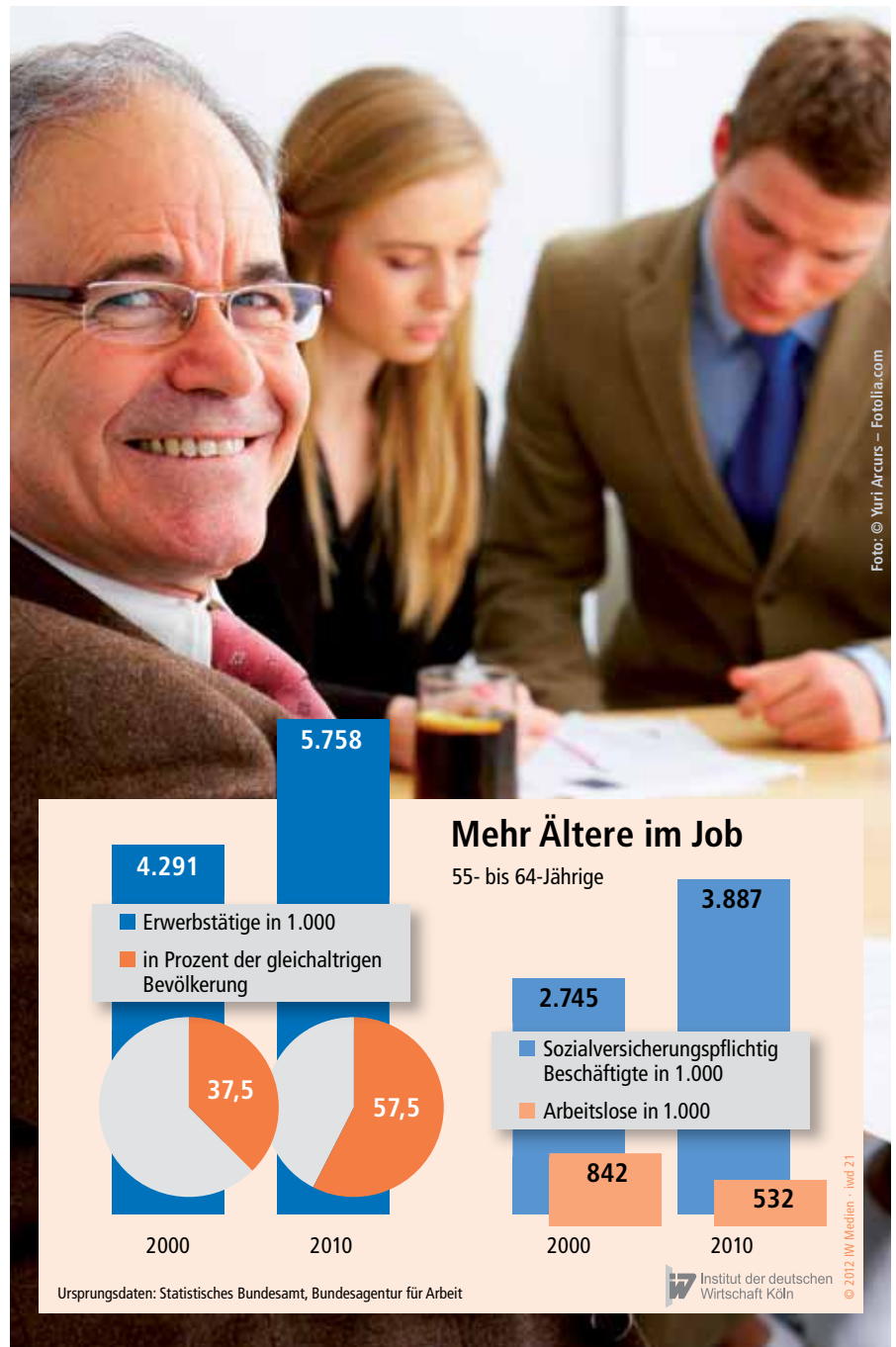
Ältere Arbeitskräfte galten lange Zeit als teuer und unflexibel, ältere Arbeitslose als kaum vermittelbar. Im Jahr 2000 war lediglich ein Drittel der über 55-Jährigen erwerbstätig und nur jeder Vierte hatte einen sozialversicherungspflichtigen Job.

In gerade einmal zehn Jahren hat sich das Bild radikal gewandelt. Mittlerweile ist die Mehrheit der Älteren berufstätig, wie ein näherer Blick auf die Zahlen zeigt. So waren im Jahr 2010 nur 2 Millionen von rund 10 Millionen Menschen im Alter zwischen 55 und 64 Jahren in Altersrente – diejenigen nicht mitgezählt, die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit bezogen.

Weitere 1,4 Millionen waren als Beamte und Selbstständige tätig. Rund 6,7 Millionen ältere Bundesbürger standen somit für sozialversicherungspflichtige Jobs zur Verfügung – rund 4 Millionen waren tatsächlich fest angestellt (Grafik):

Damit haben fast 60 Prozent derjenigen, die überhaupt einen sozialversicherungspflichtigen Job haben können, einen solchen.

Die gute Entwicklung des Arbeitsmarkts für Ältere geht nicht allein auf die günstige konjunkturelle Entwicklung der vergangenen Jahre zurück. Die Trendwende setzte schon ein, als die Konjunktur noch stagnierte. Maßgeblich waren vielmehr die seit den 1990er Jahren be-



schlossenen Rentenreformen. Diese haben den vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand erschwert oder mit höheren Rentenabschlägen versehen. Mit der Agenda 2010 kamen Arbeitsmarktreformen hinzu, die die Attraktivität des vorzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben ebenfalls stark verminderten.

Befürchtungen, die Heraufsetzung des faktischen Rentenzugangsalters führe lediglich zu höherer Arbeitslosigkeit, haben sich nicht be-

wahrheitet. Stattdessen arbeiten Ältere länger. Die meisten haben reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse – drei Viertel sind in Vollzeit beschäftigt, kaum 5 Prozent üben eine befristete Tätigkeit aus.

Mini-Jobs sind bei den Älteren dagegen kaum ein Thema. Von 2000 bis 2010 nahm die Zahl der geringfügig beschäftigten Älteren nur um 13.000 zu – trotz der Mini-Job-Reform im Jahr 2003.

Wie die Weltmeister

Reisemarkt. Die Bundesbürger geben fürs Reisen immer mehr Geld aus. Vor allem Kurztrips stehen hoch im Kurs. Gebucht wird häufig online, doch auch klassische Reisebüros konnten ihre Umsätze in den vergangenen Jahren weiter erhöhen.

Während die einen auf Mallorca in der Sonne brutzeln, erkunden andere auf dem Fahrrad die holländische Küste oder durchwandern die österreichischen Alpen. Die Deutschen sind Weltmeister – kein anderes Volk gibt so viel Geld fürs Reisen aus (Grafik):

Knapp 61 Milliarden Euro ließen sich die Bundesbürger im Jahr 2011 ihre Auslandsreisen kosten – 1,8 Milliarden Euro mehr als im Jahr davor.

US-Amerikaner sowie Chinesen belegten mit 58 respektive 54 Milliarden Euro die Plätze zwei und drei – obwohl sie deutlich mehr Einwohner haben. Kein Wunder also, dass der Tourismus einer der größten

Wirtschaftszweige in Deutschland ist: Gut 241 Milliarden Euro Umsatz wurden dort zuletzt erwirtschaftet.

Auch 2012 sind die Deutschen laut einer Umfrage der Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen (FUR) wieder in bester Urlaubsstimmung: Eine Mehrheit will genauso viel für Reisen ausgeben wie 2011, rund 12 Prozent haben sogar ein höheres Budget eingeplant. Sparen will – oder muss – nicht einmal jeder Zehnte.

Beliebte Urlaubsziele sind die Mittelmeerländer, aber auch heimische Gefilde:

Im Jahr 2011 lagen rund ein Drittel der Urlaubsziele zwischen Ostsee und Alpen – im Jahr davor waren es rund 40 Prozent.

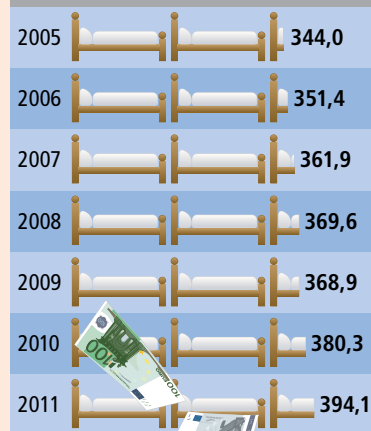
Die Deutschen gehen zudem immer öfter auf Reisen – allerdings immer häufiger nur für Kurztrips: Unterm Strich kamen so im vergangenen Jahr 78 Millionen Reisen mit zwei bis vier Tagen Aufenthalt zustande.

Gebucht wird mittlerweile öfter online, rund ein Drittel der Reisen stellte sich seinen Urlaub im Internet zusammen. Die klassischen Reisebüros haben allerdings noch immer die Nase vorn: Im vergangenen Jahr verzeichneten sie sogar einen Rekordumsatz von 22,4 Milliarden Euro – ein Plus von 9,5 Prozent.

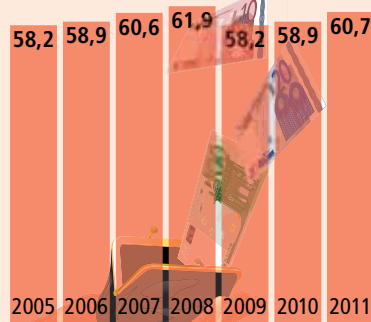
Die große Reiselust



Übernachtungen von In- und Ausländern in Deutschland in Millionen



Ausgaben der Bundesbürger für Auslandsreisen in Milliarden Euro



Quellen: Commerzbank, Deutscher Reiseverband, Forschungsgemeinschaft Urlaub und Reisen

IW Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2012 IW Medien - Iwd 21

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellvertreterin: Brigitte Lausch
Redaktion: Alexander Weber (verantwortlich), Andreas Wodok (Textchef), Jork Herrmann, Sylvia Miskowicz, Berit Schmiedendorf
Redaktion Berlin: Klaus Schäfer
Redaktionsassistentin: Angelika Goldenberg
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich
Bezugspreis: € 8,47/Monat, zzgl. € 3,01
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer
Abo-Service: 0221 4981-443,
hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Januar und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

IW.KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.